Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 80 Pf.

Nr. 195 | Dresden, Dienstag den 24. August 1920 | 31. Jahrg.

Mietsteuer und Wohnungsbau

1. Die Gefahren der Wohnungsnot

Das deutsche Volk ist schon reichlich mit Steuern aller Art gesegnet. Von der Wiege bis zum Grabe steht neben dem deutschen Staatsbürger der Steuerexekutor. Dabei reichen die bisher vorgesehenen Steuern noch nicht entfernt aus, um den Riesenbedarf von Reich, Staat und Gemeinde zu decken, und wie wir die Summen aufbringen sollen, die wir auf Grund des Friedensvertrages werden an die Entente zu zahlen haben, weiß heute noch kein Mensch. Jetzt steht uns eine neue Steuer in Aussicht, und zwar eine Mietssteuer, die 80 Proz. der Friedensmiete betragen und zur Hälfte den Ländern, zur Hälfte den Gemeinden zufließen soll. Bezeichnend ist, daß der Entwurf des Gesetzes nicht vom Reichsfinanzministerium vorgelegt wird, sondern vom Arbeitsministerium, was darauf zurückzuführen ist, daß der Ertrag dieser Mietssteuer nicht in den großen Topf des Reichsfinanzministers fließen soll. Mit Hilfe der Erträge der Mietssteuer soll der Wohnungsbau, der jetzt fast vollkommen daniederliegt, wieder in Gang gebracht werden.

Die Zustände auf dem Wohnungsmarkt sind seit Kriegsende immer unerträglicher geworden. Während im Frieden jährlich 250 000 Wohnungen in Deutschland errichtet wurden, wurde während des Krieges fast nichts gebaut, und was seit dem Kriegsende gebaut worden ist, ist bei dem gewaltigen Wohnungsmangel ein Tropfen auf den heißen Stein. Viele Wohnungen sind in gesundheitsgefährlicher Weise überfüllt und allenthalben warten Tausende auf eine Wohnung. Viele Jungverheiratete müssen noch bei den Eltern wohnen und haben überhaupt keine Aussicht, in absehbarer Zeit eine Wohnung zu bekommen. Während des Krieges hat man viel davon geredet, daß jedem heimkehrenden Krieger eine gesicherte Heimstätte verschafft werden soll, aber jetzt müssen viele froh sein, wenn sie in irgend einer Dachstube oder einem Kellerraum überhaupt ein Unterkommen finden.

Man hat versucht dem Wohnungsmangel durch eine möglichst weitgehende Erfassung der vorhandenen Räume abzuhelfen. In vielen Orten, wie auch in Dresden, hat man zur Zwangseinquartierung gegriffen, das heißt, man bringt zwangsweise Wohnungslose in größeren Wohnungen unter. Aber das ist ein unzureichender und sehr übler Notbehelf. Verhältnismäßig selten läßt sich eine große Wohnung so teilen, daß daraus gute Kleinwohnungen werden. Eine Kleinwohnung muß in der Regel von vornherein als Kleinwohnung gebaut sein. Und die Zwangseinquartierung ist gleich lästig für den Einquartierten wie für denjenigen, bei dem einquartiert wird. Gerade die größten Wohnungen, so die in den Villen der reichen Leute, eignen sich für die Zwangseinquartierung häufig sehr schlecht, weil sie nur Dampfheizung haben und sich außerhalb der Küche, die sich oft im Keller befindet, eine Kochgelegenheit nur sehr schwer schaffen läßt. Dazu kommt, daß natürlich diejenigen, die mit der Zwangseinquartierung bedacht werden sollen, sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben und gegen die zuständigen Behörden mit allerhand Schlichen einen erbitterten Kleinkrieg führen, bei dem oft die Behörden den Kürzeren ziehen.

Der Wohnungsmangel bringt natürlich die Gefahr mit sich, daß die Mieten weit über das Maß hinaussteigen, das durch das Anwachsen der bei der Verwaltung und dem Betrieb der Häuser entstehenden Unkosten (für Steuern, Beleuchtung, Wasser, Reparaturen usw.) geboten ist. Durch die Mieterschutzgesetzgebung und die Mieteinigungsämter soll eine ungerechtfertigte Steigerung der Mieten verhindert werden; ein Ziel, das glücklicherweise auch in vielen Fällen erreicht wird. Aber ob dieser Schutz genügt, und ob er auf die Dauer überhaupt hält, ist zweifelhaft. Die Mieteinigungsämter sind häufig überlastet, so daß sie die vorliegenden Fälle kaum gründlich prüfen können, und Mieter wie Hauswirte sind oft gleichmäßig mit ihrer Tätigkeit unzufrieden. Und dann können die Mieteinigungsämter nur eingreifen, wenn sie angerufen werden. Aber wir wissen nicht, wie oft schon heute ungebührlich hohe Mieten gezahlt werden, ohne daß ein Hahn danach kräht. Bei dem ungeheuren Wohnungsmangel wird möglicherweise so mancher, auch wenn er sich das Geld abdarben muß, bereit sein, eine hohe Miete zu zahlen, weil er froh ist, daß er überhaupt eine Wohnung hat, die Mieterschutzbestimmungen nicht kennt oder sich davor scheut, sich mit seinem Hauswirt vor einem Mieteinigungsamt herumzustreiten. Wie mit vielen Dingen, so wird auch mit Wohnungen geschoben und in den größeren Städten soll der Wohnungs-Schleichhandel schon sehr entwickelt sein. Den Behörden aber mag es hier gehen wie anderwärts. Sie können immer nur diejenigen Schleichhändler fassen, die sie kriegen. So lange die Wohnungsnot so groß ist, daß sich um jede freigewordene Wohnung Hunderte drängen, wird es fraglich bleiben, ob wirklich dem Mietwucher auf die Dauer mit Erfolg begegnet werden kann. Will man die Wohnungsnot mit all ihren Nachteilen auch nur einigermaßen mildern und damit der Gefahr eines gewaltigen Steigens der Mieten vorbeugen, so müssen Wohnungen in großer Anzahl gebaut werden.

Jetzt haben wir den wahnsinnigen Zustand, daß zwar Tausende von Bauarbeitern arbeitslos sind, während trotz der drückenden Wohnungsnot in den meisten Gebieten Deutschlands fast gar nicht gebaut wird. Der Errichtung von Wohnungen sind einmal durch die mit dem Kohlenmangel verbundene Knappheit von Baustoffen gewisse Grenzen gesetzt, aber es wird jetzt auch nicht einmal so viel gebaut, wie mit den vorhandenen Baustoffen gebaut werden könnte. Die Ziegeleien haben z. B. gegenwärtig in Sachsen kaum Absatz für ihre Erzeugnisse.

Die Hauptursache des völligen Daniederliegens des Wohnungsbaues sind die ungeheuren Unkosten. Früher kostete der Bau einer Kleinwohnung 5000—6000 M., jetzt aber 70 000—80 000 M. Sollen sich heute die für den Bau einer Kleinwohnung aufgewandten Mittel rentieren, so müßte eine Kleinwohnung 4000—5000 M. Miete bringen, ein Betrag, den natürlich kein Mieter aufbringen kann. Deshalb kann jetzt überhaupt nur gebaut werden, wenn ein Zuschuß aus öffentlichen Mitteln gezahlt wird, durch den der Unterschied zwischen den durch die Mieten tatsächlich verzinsten und den wirklichen Baukosten ausgeglichen wird. Im Jahre 1919 standen auch Mittel zur Verfügung, um diesen Unterschied voll auszugleichen, freilich nur in sehr bescheidenem Umfange. Aber es ist doch wenigstens etwas gebaut worden. Die für das Jahr 1920 gültigen Bestimmungen für die Zuschußgewährung sehen aber nur einen festen Zuschuß für den Quadratmeter Wohnfläche vor, der nicht genügend hoch ist, um den sogenannten verlorenen Mehraufwand zu decken. Und die Folge ist, daß, abgesehen von den Bergarbeiterbezirken, für die besondere Bestimmungen gelten, so gut wie gar nichts gebaut wird.

In einem folgenden Aufsatz wird dargelegt werden, daß große Summen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müssen.

Neueste Telegramme

Prämien für abgelieferte Waffen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. August. In einer Aussprache mit Vertretern der Berliner Presse teilte der Reichskommissar für die Entwaffnung mit, daß Prämien für die rechtzeitige Ablieferung der Waffen ausgesetzt werden, und zwar für Gewehre und Karabiner je 100 M., für die kleineren Waffen entsprechend weniger. Diese Prämien werden aber nur bis 10. September bezahlt. Vom 10. bis 20. September wird etwa die Hälfte gegeben, vom 20. September bis 1. Oktober nichts mehr. Vom 1. Oktober an treten dann für zurückbehaltene Waffen die Strafbestimmungen in Kraft. Um die Waffen, die angesammelt werden, nicht in größeren Mengen an einzelnen Orten aufzubewahren, werden Abholungsorganisationen geschaffen, die die Waffen sofort an das Reichsverwertungsamt bzw. Reichsschatzamt bringen, von wo für ihre Verschrotung oder anderweitige Verwendung im Industrieinteresse gesorgt werden wird.

Enver-Pascha in Moskau

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. August. In hiesigen Ententekreisen sind unbedingt zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß es Enver-Pascha nach sechs wiederholten, aber mißglückten Versuchen endlich gelungen ist, aus Deutschland, wo er sich unerkannt und ohne Wissen der Behörden aufhielt, nach Moskau zu kommen. Bei einem dieser Versuche war Enver-Pascha mit einem kleinen Flugzeug in Danzig unter den Augen englischer Behörden gelandet. Bei einem andern Versuch wurde Enver in der Nähe von Dünaburg unter dem Verdacht, bolschewistischer Kommissar zu sein, gefangen und in der Nähe von Riga interniert. Die Berührung der bolschewistischen Armee mit der deutschen Grenze hatte vor etwa zwei Wochen Enver Gelegenheit gegeben, ohne Wissen der deutschen Behörden die Grenze zu überschreiten und mit Hilfe der bolschewistischen Gruppenkommissare nach Moskau zu gelangen. Enver hat zusammen mit der Sowjetregierung sofort seine Versuche, die mohammedanische Welt gegen England und Innerasien zu hetzen, wieder aufgenommen.

Deutsch-englische Ernährungsverhandlungen

Eigene Drahtmeldung

London, 24. August. Reichsernährungsminister Dr. Hermes ist mit einer Reihe Sachverständiger hier eingetroffen, um mit dem englischen Ernährungsminister Mac Cudy über die Ausführung des Abkommens von Spa zu konferieren.

Das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien

Berlin, 24. August. Obwohl die interalliierte Kommission in Oberschlesien der Reichsregierung zugesichert hatte, die Entwaffnung der polnischen Aufständischen durchzuführen und für schleunige Herstellung geordneter Zustände zu sorgen, haben nach hier vorliegenden Nachrichten aus dem oberschlesischen Aufstandsgebiete die dort eingerückten französischen Truppen bisher keine Anstalten zur Entwaffnung der polnischen Banden getroffen. Sie haben vielmehr den Insurgenten Zeit gelassen, die Waffen verschwinden zu lassen, und erklären nun, daß sie keinen Anlaß zum Einschreiten hätten. Es ist auch vielfach zwischen den polnischen Banden und den Franzosen zu Verbrüderungen gekommen. Im Gegensatz dazu sind die wenigen dort befindlichen italienischen Truppen auf das energischste gegen die Aufrührer eingeschritten und haben ihr Möglichstes getan, um die Entwaffnung durchzuführen.

Riesenkriegsgewinne der Daimler-Gesellschaft

Schon im Jahre 1918 wurde gegen die Daimler-Motoren-Gesellschaft (D. M. G.) der Vorwurf erhoben, daß diese Gesellschaft, deren Werke in Untertürkheim, Sindelfingen und Marienfelde hauptsächlich Kriegsmaterial herstellten, die Heeresverwaltung mit betrügerischen Preiskalkulationen zur Bewilligung höherer Preise zu bewegen suchte. Schon damals wußte man, daß die Daimler-Motoren-Gesellschaft während des Krieges Neuanschaffungen von 80 Millionen Mark gemacht hatte, diese aber nicht aus Betriebsmitteln, sondern aus laufenden Einnahmen gedeckt hatte, so daß die neu entstandenen Werke in der Bilanz nicht zu Buche standen. Die Aktien der Daimler-Motoren-Gesellschaft stiegen von 317 Ende 1913 bis zum Jahre 1917 auf den Kurs von 1360, die Dividende erhöhte sich von 14 Prozent im Jahre 1913 auf 35 Prozent im Jahre 1916, während bald darauf am 12. Februar 1918 die Verwaltung

offen mit Betriebseinschränkungen drohte,

wenn ihr nicht noch höhere Preise geboten würden!

Nunmehr — 2½ Jahre nach diesen Ereignissen — liegt endlich eine kaufmännische Nachprüfung der Preis- und Gewinnbildung der Gesellschaft vor. Das Vorstandsmitglied der D. E. G., Otto Meyer, hat sie im Auftrage der preußischen Kriegsministeriums mit zwei vereidigten Sachverständigen und mehreren Hilfskräften vorgenommen. Ein kleiner Auszug daraus mit tabellarischen Gegenüberstellungen ist in einer Sonderausgabe der Zeitschrift der freie Angestellte von Paul Lange veröffentlicht.

Die Ermittelungen, die man schon früher angestellt hat, werden durch die kaufmännischen Nachprüfungen nicht nur bestätigt, sondern sogar übertroffen. In den Geschäftsjahren 1914 bis 1917 hatte die Daimler-Motoren Gesellschaft Reingewinne in der Höhe von 352 Millionen Mark bilanzmäßig nachgewiesen. Die Prüfungskommission errechnete die in der Bilanz nicht enthaltenen

Gewinne auf 81,6 Millionen Mark,

mehr als das Zehnfache ihres Aktienkapitals. Sie konnte es sich leisten, ihren Aktionären außer der Dividende, die im Durchschnitt der vier Jahre etwa 26 Prozent betrug, für 24 Millionen Mark neue Aktien zur Verfügung zu stellen, die zum Kurse von 107 ausgegeben wurden, binnen wenigen Wochen aber auf etwa 400 standen. Dieses großzügige Geschenk an die Aktionäre — jeder Besitzer alter Daimler-Aktien erhielt dadurch auf 100 M. Besitz 1350 buchstäblich geschenkt — war einem kriegführenden Volke abgenommen worden.

Neben den von der Prüfungskommission errechneten 81,6 Millionen Mark Uebergewinn kommen noch unter Umständen weitere 14,4 Millionen in Frage, nämlich in dem Falle, wenn gewisse Rückstellungen nicht nach den Angaben der D. M. G. verwandt worden sind, was sich nicht feststellen ließ. Dadurch würde sich der nicht nachgewiesene Mehrgewinn der Daimler-Motoren-Gesellschaft auf 96,1 Millionen Mark erhöhen.

Um diese Summen ist der Staat und mit ihm das Volk geprellt worden.

Ließ es sich verhindern? Der Kommissionsbericht sagt, daß Deutschland bei Ausbruch des Krieges wirtschaftlich völlig unvorbereitet dastand und daß die wenigen Vorbereitungen sich als unzulänglich erwiesen haben.

„Auf diesen Mangel an vorausschauenden wirtschaftlichen Maßnahmen ist es nach Ansicht der Prüfungskommission zu einem erheblichen Teil zurückzuführen, wenn sich im Verlaufe des Krieges im Lieferungswesen für den Bedarf der Heeresverwaltung Mißstände herausbildeten, die bei den breitesten Schichten des Volkes Aergernis erregt haben, indem sie die Not des Vaterlandes zu einer Quelle ungeheuren Reichtums für eine stattliche Reihe berufener und unberufener Einzelpersonen und Unternehmungen werden ließ, während weitaus größere Kreise der Berufsstände und der Bevölkerung überhaupt die Früchte früherer arbeitsreicher Jahre opfern mußten und in arge Bedrängnis gerieten."

Die Kommission will die Arbeit beginnen und wird von einem Vorstandsmitglied der Gesellschaft, Dr. Sefler, ermuntert, mit Rücksicht „auf die außerordentlich knappen Betriebsmittel, die auf ungenügende Verkaufserlöse zurückzuführen seien und kaum noch ausreichten, die Arbeitslöhne zu zahlen, eine Prüfung des Geschäftsjahres 1917 vorweg zu nehmen"; die Kommission, die sich mit einer solchen Untersuchung auf irrige Schlüsse festgelegt hätte, ging aber auf den Vorschlag nicht ein. Und das schönste: Hauptmann Groß, der mit der militärischen Aufsicht der D. M. G. betraut war, wurde in einer Sitzung [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200824/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG